

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

10 (12.1.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM. zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./58. Jahrgang

Samstag, den 12. Januar 1952

Nr. 10

Die Montanunion mit großer Mehrheit angenommen

Eine historische Entscheidung des Bundestages — Dr. Adenauer fährt nach Washington

Bonn (UP). Der Bundestag sprach sich am Schluß der denkwürdigen dritten Beratung des Schumanplans am Freitag nachmittag für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Kohle- und Stahlunion aus, in der die Schwerindustrien Frankreichs, Italiens, Deutschlands und der Benelux-Staaten für die Dauer von 50 Jahren zusammengeschlossen werden sollen. Das Haus billigte den ersten Artikel des Ratifizierungsgesetzes mit 232 gegen 143 Stimmen der SPD. KPD und DRP bei drei Enthaltungen. Dieser Artikel schließt die Zustimmung zum Schumanplan-Vertrag ein, der nun auch noch vom Bundesrat gebilligt werden muß.

Die Abstimmung wurde vorgenommen, nachdem 70 Redner aller Fraktionen und der Bundesregierung in einer sich über drei Tage hinziehenden dreißigstündigen Debatte in zweiter und dritter Lesung die Gründe für die Annahme oder Ablehnung des Vertragswerks vorgebracht hatten. Der erwähnte Artikel hat folgenden Wortlaut: „Dem am 18. April 1951 in Paris unterzeichneten Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einschließlich seiner Anlagen, Zusatzprotokolle und -abkommen wird zugestimmt.“ Auch den zwei übrigen Artikeln stimmte das Haus zu. Mit 4 Stimmen Mehrheit lehnte der Bundestag dagegen einen Gesetzesentwurf der CDU/CSU und der Föderalistischen Union ab, der die Bildung eines Länderausschusses zur Beratung der Bundesregierung bei Weisungen an den deutschen Vertreter im Ministerrat der Kohle- und Stahlgemeinschaft vorsah. In einer dritten namentlichen Abstimmung wurde ein SPD-Antrag abgelehnt, der die Zustimmung zum Vertrag von einer Reihe von Garantien hinsichtlich der Investitionen und Entflechtungen in den Grundstoffindustrien abhängig machen wollte.

Bei Stimmenthaltung der SPD wurde der Bundeskanzler durch eine Entschließung der CDU/CSU von der Mehrheit des Hauses ersucht, „alsbald Schritte zu tun mit dem Ziele, der Bevölkerung des Saargebietes endlich die politischen Freiheiten zu sichern, die nach der Konvention über die Menschenrechte in jedem demokratischen Staat Geltung haben.“ Ein mit den Stimmen der SPD-Opposition angenommener Antrag ersucht die Bundesregierung, sicherzustellen, daß die den alliierten Kontrollgruppen nach Gesetz Nummer 27 verbleibenden Zuständigkeiten auf die rasche organisatorische Entflechtung beschränkt werden, so daß sie in Zukunft unter keinerlei Begründung irgendwelche Produktions- und Investitionskontrollen mehr vornehmen. Ferner soll die Bundesregierung dafür sorgen, daß Investitionen vor allem dort zu erfolgen haben, wo mit dem geringsten Aufwand die größte Steigerung der Produktion herbeigeführt und die Wiederherstellung der durch die Demontagen verursachten Kapazitätsminderungen beschleunigt wird.

Letzter Appell des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Dr. Adenauer richtete seinen letzten Appell an die sozialdemokratische Opposition, sich der Mitarbeit nicht zu versagen und der Montanunion zuzustimmen. Im Verlauf seiner Rede gab Dr. Adenauer zum ersten Mal Teile des Entwurfs eines Generalvertrags zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten bekannt, der das Besatzungsstatut ablösen soll. Darin wird festgelegt, daß die Signatarmächte die Wiedervereinigung Deutschlands als eine Grundlage und ein gemeinsames Ziel ihrer Politik ansehen. Der Kanzler wiederholte auch seine Auffassung, daß sich „durch unser Vorgehen die Verhältnisse Frankreich — Saar — Deutschland zur Zufriedenheit“ regeln werden.

Während in Frankreich die Schwerindustrie gegen den Schumanplan, in allen anderen Ländern aber die Sozialisten für die Montanunion seien, so fuhr Dr. Adenauer fort, hätten sich in der Bundesrepublik die Schwerindustriellen dafür und die Sozialdemokraten dagegen ausgesprochen. „Das ist eine solche Verwirrung der Gemüter, daß man tatsächlich nur den Kopf schütteln kann.“ Mit der Bitte, doch die Erfolgsarbeit von Regierungskoalition und Bundesregierung noch einmal zu überprüfen, verband der Kanzler den Hinweis auf die „reife Demokratie“ in den angelsächsischen Ländern, in denen Opposition und Regierung in allen wichtigen außenpolitischen Fragen zusammenarbeiten.

Ein Zwischenfall

Zu einer halbseitigen Unterbrechung der Ausführungen des Kanzlers kam es, als der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Furtwängler, der auf der Tribüne des Bundestags saß, durch eindeutige Gesten Kritik — er tippte sich mehrmals an die Stirn und schlug dann das Kreuzzeichen — an der Rede Dr. Adenauers übte und dadurch einen Lärmkravall auslöste. Der amtierende Präsident des Bundestages ließ den Saal räumen und sagte eine Unterbrechung zu.

Furtwängler, der der hessischen SPD angehört, betonte, in einer der United Press übergebenen Erklärung, er habe dem weit von ihm entfernt sitzenden SPD-Abgeordneten Karl Bielig, Dortmund, durch lebhaftes Gester den Grund seines verspäteten Erscheinens im Bundestag deutlich zu machen versucht. Die

sen Zusammenhang habe auch der Vorsitzende der hessischen FDP-Landtagsfraktion Landgrebe-Frankfurt, bestätigt, der unmittelbar neben ihm gesessen habe. „Auf die Rede des Bundeskanzlers hatten meine Handbewegungen keinen Bezug“, erklärte Furtwängler.

Der Bundeskanzler kündigte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen an, daß er noch in diesem Frühjahr zu einem Besuch nach Washington reisen werde. Er betonte mit Nachdruck, daß kein Junktim zwischen dem Schumanplan, dem Generalvertrag und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft bestehe. Dabei deutete er an, daß der Generalvertrag und der Verteidigungsvertrag nicht die letzten derartigen Vereinbarungen sein würden, denn „eine große Anzahl Vorgänge und Verhandlungen werden sich anschließen müssen“.

Die SPD beharrt auf ihrem Nein

In Beantwortung der Rede des Bundeskanzlers erklärte der zweite SPD-Vorsitzende Ollenhauer, seine Partei sei sich ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und Europa voll bewußt, wenn sie den Schumanplan ablehne. Die Zusammenhänge des Schumanplans mit dem Generalvertrag und auch dem Vertrag über eine Verteidigungsgemeinschaft seien entgegen der Auffassung des Kanzlers einfach deshalb schon gegeben, weil die amerikanische Politik konsequent die deutsche Beteiligung am Schumanplan fordere, da sonst der Abschluß eines Generalvertrages mit erweiterten Souveränitätsrechten nicht durchgesetzt werden könne. Ollenhauer äußerte den Verdacht, daß Frankreich sich mit dem Schumanplan „auf kaltem Wege“ Ansprüche auf die Ruhr sichern wolle. Der SPD-Sprecher spielte in diesem Zusammenhang unter lautem Protest der Regierungsparteien auf die Ruhrbesetzung durch die Franzosen im Jahre 1923 an. Er behauptete erneut, daß die Funktion der Ruhrbehörde ihre Fortsetzung in der Hohen Behörde fände und daß im Schumanplan genau wie im kommenden Generalvertrag ein Kompromiß mit der Aufrechterhaltung bestimmter Besatzungsziele erreicht werden solle.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, von Brentano, erklärte, die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes befürworte

die Ratifizierung des Schumanplans. Es komme den Millionen Menschen darauf an, daß nicht nur von Europa gesprochen, sondern auch etwas für die Schaffung eines einheitlichen Europas getan werde. August Martin Euler von der FDP bezeichnete es als die Aufgabe der Bundesregierung, die deutsche Freiheit vor der sowjetischen Bedrohung zu schützen. Mit der Vereinigung Europas, zu der der Schumanplan der erste Schritt sei, werde der bolschewistischen Expansion jede Chance genommen. Auch die sowjetische Besatzungszone werde bei einer Wiedervereinigung automatisch Partner der Montanunion. Je mehr die Saarfrage bei einer fortschreitenden europäischen Integration an machtpolitischer Bedeutung verliere, umso eher könne das Problem befriedigend gelöst und der Tatsache, daß die 900 000 Saarländer Deutsche sind, Rechnung getragen werden.

Adenauer ist glücklich

Nach der Annahme des Schumanplans erklärte Dr. Adenauer Pressevertretern gegenüber: „Das Ergebnis ist glänzend.“ Lächelnd fügte er hinzu: „Ich bin glücklich.“ Bundestagspräsident Ehlers verwies auf die Bedeutung der Bundestagsentscheidung und sprach die Hoffnung auf ein Gelingen des großen Werks aus. Ollenhauer erklärte, die Konsequenzen der Annahme des Vertrags müßten jetzt von jenen verantwortet werden, die „in voller Kenntnis der Ungewißheit und der Gefahren“ der Montanunion zugestimmt. Die Mehrheit des Bundestages habe den Vertrag ratifiziert, obwohl „die stärkeren Argumente“ bei der SPD gelegen hätten.

Fackelzug in Bonn

Mit Europafahnen, Fackeln und Transparenten, welche die Aufschrift trugen „Mit dem Schumanplan für ein freies, unabhängiges und geeintes Europa“, hatten sich rund 2000 Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands vor dem Bundeskanzleramt in Bonn versammelt, um Dr. Adenauer nach der Annahme der Montanunion durch den Bundestag zu begrüßen. Nach lebhaften Ovationen begrüßte der Bundeskanzler die Jugendlichen und dankte ihnen für dieses Bekenntnis für den Schumanplan. Ihre Demonstration für den Schumanplan zeige der Welt, führte Adenauer aus, daß die deutsche Jugend an Europa glaube.

Die Mitgliedstaaten der Montanunion

Unsere Karte veranschaulicht die geographische Lage der mitteleuropäischen Schwerindustrie, die jetzt in der Montanunion gemäß dem am 18. April 1951 in Paris paraphierten „Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ koordiniert werden soll. Dieser Vertrag wurde jetzt in Bonn vom Bundestag mit einer größeren Mehrheit als zunächst erwartet worden war, gebilligt. Frankreich und die Niederlande haben ihn bereits ratifiziert.

Die Montanunion soll die Grundlagen für eine Gemeinschaft von 160 Millionen Europäern schaffen. Für die wichtigsten Grundstoffe: Kohle, Eisen und Stahl, deren Lager- bzw. Erzeugerstätten heute noch durch politische und durch unwirtschaftliche Grenzen getrennt sind, soll diese „Montanunion“ einen gemeinsamen europäischen Markt schaffen, der eine großräumige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Politisches Fernziel dieses nach seinem Initiator, dem franz. Außenminister Robert Schuman, genannten Planes ist es, über die wirtschaftliche Verschmelzung der Grundstoffindustrien zu einer politischen Einigung Europas zu kommen.

Der Schwerpunkt der Grundstoffindustrien liegt, wie unsere Karte deutlich macht, im Ruhrgebiet, ferner in den belgisch-nordfranzösischen Kohlereviere, an der Saar und

im lothringischen Industriegebiet im Raum Diederhöfen. Besonders vorteilhaft ist die Montanunion für die Niederlande und für Italien, denn diese beiden Länder weisen so gut wie keine Schwerindustrie auf.



Weitere „Kriegsverbrecher“ begnadigt

Mainz (UP). Der französische Hochkommissar François-Poncet hat für eine Anzahl Deutscher, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden waren, Teilbegnadigungen ausgesprochen. Insgesamt 27 Verurteilte, die sich bisher in den Strafanstalten der französischen Militärverwaltung in Wittlich und Gernersheim befanden, sind nunmehr entlassen worden. Weitere 48 Verurteilte erhielten Strafnachlaß bis zu zehn Jahren. Bei acht Strafgefangenen wurde die lebenslange Haft in eine Haftstrafe von 20 Jahren und bei weiteren zwei Strafgefangenen eine lebenslange Haft in eine solche von zehn Jahren umgewandelt. Auch aus der Landsberger Haftanstalt wurden wiederum zwölf Gefangene entlassen.

Kupperei und Entnazifizierung

Düsseldorf (UP). Von dem Düsseldorfer Landgericht ist jetzt das Hauptverfahren gegen den früheren Sonderbeauftragten für Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Robert Saalwächter, eröffnet worden. Entsprechend der Anklageschrift wird das Gericht prüfen, ob Saalwächter sich wegen schwerer passiver Bestechung in fünf Fällen, wegen fortgesetzten Betruges, fortgesetzter schwerer Kupperei und wegen Anstiftung zur fortgesetzten einfachen Kupperei schuldig gemacht hat. Seine Ehefrau wird sich dem Gericht wegen Verdachts der Beihilfe zur schweren passiven Bestechung in vier Fällen, des allein oder gemeinsam mit ihrem Ehemann begangenen fortgesetzten Betruges und der fortgesetzten einfachen Kupperei stellen müssen.

NATO und Europa-Armee

Von Paul Bourdin

Seit Mitte September 1950 wird über die Wiederaufrüstung Deutschlands verhandelt. Nach den letzten Meldungen scheint aber nun das Endstadium dieser Verhandlungen heranzurücken, denn noch in diesem Monat sollen die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs in Paris zur möglicherweise letzten Entscheidung über die Bildung einer Europa-Armee zusammenkommen. Die Sachverständigen, die seit Februar vorigen Jahres ohne Unterbrechung in Paris gearbeitet haben, sind an dem Punkt angekommen, wo sie nicht mehr weiter können. Die militärischen Fragen sind fast alle gelöst, es blieb das politische Problem, das über die Kompetenz der Sachverständigen hinausgeht und Sache der Regierungen ist.

Es wird dem deutschen Volke immer wieder versichert, daß die volle Gleichberechtigung vor der Tür stehe. Und die Gleichberechtigung deutscher Truppenkontingente in der Europa-Armee sei überhaupt selbstverständlich. Auf dem Papier, auf dem der Plan der Europa-Armee entworfen und immer wieder abgeändert wird, ist diese Frage auch längst gelöst. Innerhalb dieser Armee, so wie sie heute geplant ist, mögen die amtlichen Versicherungen ihre Geltung haben. Da aber die Europa-Armee kein selbständiges Gebilde ist, sondern der Nord-Atlantik-Organisation (NATO) zur Verfügung gestellt wird, geht der deutsche Teil dieser Armee, der innerlich fürs erste aus zwölf Divisionen bestehen soll, in einem Verteidigungssystem auf, dem Deutschland als einziger der sechs Partner der Europa-Armee nicht angehört, in dem es nicht vertreten ist und kein Mitbestimmungsrecht hat.

An sich brauchte die deutsche Außenpolitik nicht nach der Mitgliedschaft im Atlantikpakt zu streben. Im Gegenteil, es gibt genügend Gründe, die eine Mitgliedschaft mit Rücksicht auf die Teilung Deutschlands und die provokatorische Wirkung auf die Sowjets unratsam erscheinen lassen. Wenn die Nicht-Zugehörigkeit zum Atlantikpakt eine Garantie dafür wäre, daß deutsche Divisionen nur zum Schutze Europas und nicht zur Verteidigung der weiteren atlantischen Interessen eingesetzt würden, so könnte Deutschland erst recht nichts an dieser Mitgliedschaft liegen. Es geht aber nicht an, daß über Leben und Tod deutscher Soldaten verfügt wird, ohne daß Deutschland mitzureden hat. Die Eingliederung der Europa-Armee in die Atlantik-Streitkräfte wirft also aufs neue die Frage der deutschen Gleichberechtigung oder, besser gesagt, des deutschen Mitspracherechts auf.

Erstaunlicherweise ist diese Frage nicht bei der grundsätzlichen Erörterung der Verfügungsgewalt über die deutschen Truppen akut geworden, sondern bei der Diskussion über die Kosten. Der Bundeskanzler hat sich in Paris mit großer Energie für die sofortige Schaffung eines gemeinsamen europäischen Budgets eingesetzt und eine von allen fünf Mächten bereits angenommene Übergangslösung abgelehnt. Das geschah nicht aus europäischem Übermut, sondern um Deutschland gleichberechtigt an der Aufstellung und der Ausgabe der Kosten zu beteiligen. Es ist für Deutschland unannehmbar, daß die Höhe der finanziellen Beiträge der einzelnen Mitglieder der europäischen Gemeinschaft im Rahmen der atlantischen Organisationen bestimmt wird, auf deren Entscheidungen Deutschland keinen Einfluß hat. Noch unannehmer ist es, daß diese Organisation über deutsche Mittel verfügt, ohne daß Deutschland deren Verwendung mitbestimmen hat.

Der Gedanke des gemeinsamen Militärbudgets hat sich in Paris zwar noch nicht durchgesetzt, es scheint aber eingeleuchtet zu haben, daß Deutschland nicht andere über ein Drittel oder mehr des Bundeshaushalts ohne seine Beteiligung verfügen lassen kann. In höherem Maße sollte das für die Verfügung über deutsche Soldaten gelten. Es handelt sich aber nicht nur darum, mitzubestimmen, wo deutsche Divisionen eingesetzt werden, sondern zunächst einmal darum, ob sie überhaupt eingesetzt werden sollen, das heißt, es handelt sich um das Mitspracherecht über Krieg und Frieden. Die Eingliederung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft in die Atlantik-Organisation muß in einer Weise vorgenommen werden, daß Deutschland dieses Mitspracherecht erhält.

Und überdies soll ja die Europa-Armee nicht nur ein militärisches Instrument sein, sondern auch ein politisches, um die Einheit Europas zu bewerkstelligen. (Ein anderes Instrument zu diesem Zweck soll die Montan-Union sein.) Nur darf man nicht den umgekehrten Weg gehen, wozu die französische Logik neigt, nämlich erst den europäischen Einheitsstaat schaffen wollen, der dann eine Armee aufstellt. Die Einheit Europas kann praktisch nur das Ergebnis einer europäischen Armee, einer Montan-Union und anderer europäischer Instrumente sein, nicht ihre Voraussetzung. Die internationale politische Behörde, über die sich die Außenminister der sechs Kontinentalmächte in Paris einigen müssen, sollte daher kein zu ehrgeiziges Gebilde sein.

Der erste italienische Botschafter in Abessinien, Alfonso Tacconi, wird sich demnächst nach Addis Abeba begeben. Die abessinische Regierung hat bereits ihren Botschafter in Rom ernannt.

De Lattre de Tassigny gestorben
Nach schwerer Krankheit — Zwei Nierenoperationen

Paris (UP). General Jean de Lattre de Tassigny, der französische Oberkommandierende und Hochkommissar in Indochina, ist am Freitag nach schwerer Krankheit in einer Pariser Klinik gestorben. Der General mußte sich in den letzten Wochen zwei Nierenoperationen unterziehen. Noch am Donnerstag erhielt er mehrere Bluttransfusionen. Nach den amtlichen Mitteilungen litt der 62jährige Offizier an Urimie.

Jean de Lattre de Tassigny wird von den Franzosen als hervorragender Frontoffizier und Organisator der französischen Armee nach dem zweiten Weltkrieg bezeichnet. Im Felde wurde er achtmal verwundet. Er trug 48 Auszeichnungen und war damit der meistdekorierte aktive französische Offizier.

De Tassigny wurde am 2. Februar 1889 in Mouillereon-Pareds, der Heimat des „Tigers“ Clemenceau, geboren. Mit 20 Jahren trat er in die Armee ein. Auf der Militärakademie St. Cyr wurde er zum Offizier ausgebildet. Als Hauptmann befehligte er im ersten Weltkrieg ein Infanteriebataillon.

Beim deutschen Vorstoß nach Frankreich war er Stabschef der 5. französischen Armee. Später übernahm er das Kommando der 14. Infanteriedivision. Als einziger der hohen Offiziere forderte er im November 1942 seine Truppen auf, sich dem deutschen Einmarsch in das unbesetzte Frankreich zu widersetzen. Er wurde dafür von Vichy-Regime verhaftet. Im September des folgenden Jahres gelang ihm die Flucht nach Nordafrika, wo er dem Stab General de Gaulles beitrug. Im August 1944 fiel er mit seiner ersten Division in Südfrankreich ein und drang im Verlauf des deutschen Zusammenbruchs über das Elsaß bis an die Donau vor. Gegen Kriegsende wurde er mit der doppelten Aufgabe des Stabschefs und des Generalinspektors der Landstreitkräfte betraut. Im Oktober 1948 wurde er zum ersten Oberbefehlshaber aller Landstreitkräfte der Westeuropäischen Union ernannt. Von diesem Posten wurde er dann Ende 1950 abberufen, um, auf der Höhe seines Aufstiegs, die Lage in Indochina zu retten.

Der General wird ein Staatsbegräbnis erhalten. Die französische Regierung hat Staatstrauer angeordnet. Das Begräbnis findet voraussichtlich Mitte nächster Woche statt.

Wird es Edgar Faure gelingen?

Paris (UP). Der Radikalsozialist Edgar Faure, der amtierende Justizminister ist, wurde von Staatspräsident Auriol aufgefordert, die Möglichkeiten für eine Regierungsbildung abzuwägen. Faure, dem seine Partei ihre volle Unterstützung zugesichert hat, nahm den Vorschlag an und will Auriol über das Ergebnis seiner Sondierungen berichten. Der 43jährige war französischer Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess.

Von seinen fünf Vorgängern lehnten der unabhängige Paul Reynaud, der Gaullist Jacques Soustelle und der Radikalsozialist Yvon Delbos die Einladung des Staatspräsidenten von vornherein ab. Der Sozialist Christian Pineau und der Volksrepublikaner Georges Bidault mußten ihre Versuche zur Lösung der Regierungskrise nach erfolglosen Besprechungen mit den Parteiführern aufgeben.

Stalin am Herzmuskel operiert?

„Gesundheitszustand besorgniserregend“
Amsterdam (UP). Der Berliner Korrespondent der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtete seinem Blatt, daß Josef Stalin am 13. Dezember, zwei Tage vor seinem Geburtstag, am Herzmuskel operiert worden sei.

Der Korrespondent erklärte, die Sowjetbotschaft in Berlin habe diese Nachricht erhalten. Er fügte hinzu, daß Stalins Gesundheitszustand sich zunächst etwas gebessert hätte, sich Anfang Januar aber wieder verschlechterte. Mehrere Mitglieder des Politbüros und des sowjetischen Ministerrats seien nach Georgien gefahren, da man allen Grund zu Besorgnissen habe.

Stalin soll sich in einem kaukasischen Kurort in der Nähe von Gori in Georgien befinden, wie der Korrespondent des holländischen Blattes weiter berichtet. Ein hoher sowjetischer Beamter habe vor russischen Kommunisten in Berlin erklärt, daß Stalins Gesundheitszustand zu Besorgnissen Anlaß gebe. Der Generalissimus habe seine Gesundheit im Dienst der sowjetischen Nation und des Weltfriedens geopfert.



Der hessische Kirchenpräsident Niemöller trug bei der Rückkehr von seinem Moskauer Besuch eine russische Pelzmütze. Auf der Brust hatte er ein Kreuz hängen, das ihm vom Moskauer Patriarchen Alexius geschenkt worden war. Niemöller legte in Berlin diese Reiseandenken ab.

Ostzonen-Wahlgesetz ist „heimtückisch“

Stellungnahme aus Bonn — Wirth will mit Adenauer die Klängen kreuzen

Bonn (UP). Zu dem jetzt in Bonn vorliegenden Wahlgesetz der Ostzone nahm Franz Thediek, Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, über den Rundfunk Stellung. Thediek bezeichnete diesen Wahlgesetzentwurf als einen raffinierten Versuch, den Einfluß der Kommunisten bereits vor der Wahl über ganz Deutschland auszudehnen. Hervorstechend sei die Aufspaltung des Wahlgebietes in eine Reihe von Wahlkreisen, die Zulassung aller in Deutschland bestehenden Parteien, Organisationen und Vereinigungen — also auch der kommunistischen Tarnvereinigungen im Bundesgebiet und der sogenannten Massenorganisationen in der Ostzone — zu Wahlvorschlägen mit 20 Unterschriften, ein überwiegend mit kommunistisch eingestellten Mitgliedern besetzter zentraler Wahlausschuß und schließlich die Ausschaltung internationaler Garantien für die ordnungsmäßige Vorbereitung und Durchführung der Wahlen.

Dagegen hätte die Bundesregierung die Schaffung eines einheitlichen Wahlkreises für das ganze Wahlgebiet vorgeschlagen, um allen Parteien an allen Orten Deutschlands die gleichen Chancen während der Wahl zu geben. Gerade dies wünschten jedoch die Machthaber der Sowjetzone nicht, da sie fürchteten, daß 89 Prozent und mehr ihrer Wähler dann den demokratischen Parteien der Bundes-

republik ihre Stimme geben würden.

Der frühere deutsche Reichskanzler, Dr. Wirth, behauptete im Ostsektor Berlins vor m- und ausländischen Pressevertretern, der Grotewohl-Vorschlag für gesamtdeutsche Wahlen sei eine reale Grundlage für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. In der Ablehnung des UN-Beschlusses über die Prüfung der Wahlvoraussetzungen in Deutschland stehe Grotewohl auf einem scharf formulierten Rechtsstandpunkt. Wenn die Kommission komme, sei es allerdings eine Angelegenheit taktischer Erwägungen der Ost-Regierung, wie man ihr begegne. Vielleicht gäbe es doch noch Wege, zu einer Regelung zu gelangen. Über gesamtdeutsche Wahlen könne auch die globale Amnestie für politische Gefangene erwirkt werden. Die zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen in der Ostzone verteidigte Wirth mit dem Bemerkten, es erscheine ihm selbstverständlich, daß Sabotage in den volkseigenen Betrieben der Ostzone zu den, wie er sagte, schwersten Verbrechen gehöre.

Wirth bedauerte wiederholt, daß Adenauer nicht in Berlin sei, „damit ich ihn bei den Ohren fassen und die Klängen kreuzen kann.“ Wenn er, Wirth, wieder gesund sei, wolle er es „denen in Bonn schon sagen.“ Im Augenblick sei er jedoch ein Halbinvalide — allerdings nicht im Kopfe.

UN nehmen Abrüstungsvorschlag an

Plan der Westmächte setzte sich mit einigen Ergänzungen durch

Paris (UP). Der von den drei Westmächten ausgearbeitete und in einigen Punkten ergänzte Plan einer allgemeinen, stufenweisen Abrüstung ist von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 42 gegen 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen worden.

Der sowjetische Block gab zwar die Nein-Stimmen ab, doch erklärte der sowjetische Außenminister Wjatschinski, daß die Sowjetunion an der im Vorschlag vorgesehene Abrüstungskommission mitarbeiten werde.

Der Plan fordert im einzelnen die Begrenzung und schrittweise Herabsetzung aller Streitkräfte, sowie die Verminderung aller Waffen bis zu einem Grade, der für die Selbstverteidigung genügt, eine Aggression jedoch ausschließt. Außerdem wird die wirksame Überwachung der Atomenergie gefordert mit dem Ziel eines Verbotes aller Atomwaffen und der Beschränkung der Atomenergie auf ausschließlich friedliche Zwecke. Weiter schlägt der Plan die Auflösung der Atomenergie-Kommission und der Kommission für konventionelle Waffen vor. An dieser Stelle soll innerhalb von 30 Tagen eine Abrüstungskommission treten. Diese Kommission erhält den Auftrag, eine internationale Abrüstungskonvention zu entwerfen.

Der Dreimächteplan unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt von den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion: Diese fordert als ersten Schritt das Verbot aller Atomwaffen und die Vernichtung der vor-

handenen Atombomben, als zweiten Schritt die Herabsetzung der Rüstung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um ein Drittel, und als dritten Schritt die Inspektion durch ein Organ des Sicherheitsrates. Der Dreimächtevorschlag hingegen fordert die Herabsetzung der Rüstung überhaupt aller Staaten auf ein genau festzusetzendes und zu vereinbarendes Maß, das Aggressionen ausschließt. Hierzu gehört das Verbot der Atomwaffen und die Überwachung der Atomenergie — vom Bergwerk bis zu ihrer Verwendung — durch ein unabhängiges internationales Organ, das durch das Veto einer Großmacht nicht behindert werden kann.

Der indische Delegierte Padmanabhan begrüßte die Initiative der Westmächte, bedauerte jedoch das mangelnde Einvernehmen zwischen Ost und West in dieser wichtigen Frage. Der Vertreter Ägyptens, Adly Andraos Bey, begründete seine Stimmenthaltung mit dem Hinweis, daß die westliche Resolution weder „gut genug sei, um gutgeheißen zu werden, noch schlecht genug, um eine Ablehnung zu verdienen.“

Die Generalversammlung lehnte ferner den Vorschlag Wjatschinski ab, daß die Bewilligung von 100 Millionen Dollar durch den amerikanischen Kongreß zur Unterstützung der Flüchtlinge aus den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang einen Akt der Aggression darstelle. Die Abstimmung ergab 42 gegen fünf Stimmen bei elf Stimmenthaltungen, die von den Delegierten asiatischer und arabischer Staaten stammten.

Eden warnt China vor Aggression

Teilnahme Englands an vereintem Europa läuft britischen Instinkten zuwider

New York (UP). Der britische Außenminister Eden warnte das kommunistische China vor einer Aggression in Südostasien, der die UN ebenso energisch wie in Korea entgegenzutreten würden. Eden sprach vor der Columbia-Universität, die ihm den Grad eines Ehrendoktors der Rechtswissenschaft verliehen hat. Der britische Außenminister sagte, die französischen Positionen in Indochina und die britischen in Malaya müßten gehalten werden.

Eden machte diese Ausführungen an demselben Tage, an dem die militärischen Sachverständigen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Washington mit ihren Beratungen über die Lage in Südostasien begonnen haben. Er sagte, daß die Kriegsgefahr heute geringer sei als vor zwei oder drei Jahren. Er glaube nicht, daß die Männer im Kreml daran interessiert seien, Chaos und Zerstörung hervorzurufen. Eden stellte für die Westmächte folgende Forderungen auf: 1. Herstellung eines militärischen Gleichgewichts mit der Sowjetunion; 2. Abschluß begrenzter und lokaler Abkommen über strittige Fragen; 3. Vermeidung jeglicher Herausforderung; 4. Abschluß allgemeiner Abmachungen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der Stärkeverhältnisse.

Zum Schluß richtete Eden einen Appell an die USA, daß sie von Großbritannien nicht den Beitritt zu einem vereinten Europa fordern sollten, da dieses den britischen Instinkten zuwiderlaufe.

Churchill in Ottawa

Premierminister Churchill ist zu einem viertägigen Besuch in der kanadischen Hauptstadt eingetroffen. Während seines Aufenthaltes wird er eine Reihe von Konferenzen mit hohen kanadischen Regierungsvertretern und britischen diplomatischen Vertretern in Kanada haben. Am Montag wird er auf einem Staatsbankett im Hotel Chateau Laurier eine große Rede halten.

Britische Razzia am Süßwasserkanal

Irakische Vermittlung im Gange

Kairo (UP). 200 britische Soldaten überquerten auf Sturmböten den Süßwasserkanal und umzingelten die beiden Orte Ez Abu Gazya und Ez Hamida Sultan. Ohne Gegenwehr zu finden, drangen die Truppen in die Ortschaft ein und hielten eine Nachsuche nach Waffen und Munition ab. Hierbei wurden zwei Panzergewehrgranaten, eine Pistole und Munition zu Tage gefördert. Die Nachsuche

wurde fortgesetzt. Aus den beiden Orten waren in letzter Zeit wiederholt britische Fahrzeugkonvois beschossen worden.

In der Zwischenzeit wurde in Kairo die Abreise des irakischen Gesandten, Naguib el Rawi, bekannt, der von seinem Premierminister Nuri el Said nach Bagdad gerufen worden war. Es heißt, daß Nuri el Said den Gesandten über seine letzten Gespräche in London hinsichtlich der arabischen Probleme unterrichten werde. Voraussichtlich wird el Rawi dann wieder nach Kairo zurückkehren, um mit den führenden Politikern der ägyptischen Regierung zu verhandeln.

Warnung vor Fehlschlag in Korea

Hongkong (UP). Die kommunistische Nachrichtenagentur „Neues China“ teilte mit, daß das chinesische Oberkommando Pläne für einen viel umfassenderen Krieg gegen die Alliierten gemacht habe, falls die Waffenstillstands-Verhandlungen in Korea erfolglos enden. Es ist das erste Mal, daß die chinesischen Kommunisten öffentlich die Möglichkeit eines Fehlschlages der Waffenstillstands-Verhandlungen erörtern und daraufhin militärische Vorbereitungen ankündigen.

In Pan Mun Jon sind die Waffenstillstands-Unterhändler wiederum keinen Schritt weitergekommen.

Der Rat der Internationalen Ruhrbehörde ist in Düsseldorf zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammengetreten. Der Rat befaßte sich mit internen Fragen.

Die Immunität des Bundestagsabgeordneten der Bayernpartei, Ludwig Volkholz, wurde aufgehoben, um seine Verhaftung wegen Verleitung zum Meineid zu ermöglichen.

Die Erhöhung der Unfallrenten um 20 Prozent will auch die FDP — ebenso wie das Bundesarbeitsministerium — nur auf solche Rentner beschränken, die mindestens zu 50 Prozent erwerbsbeschränkt sind.

Otto Nuschke, der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Ostzone, reist zu einem sechswöchigen Erholungsurlaub auf die Krim.

Die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die Atlantikpakt-Organisation wurde vom außenpolitischen Ausschuß des italienischen Abgeordnetenhauses gebilligt.

Die Kampftätigkeit in Indochina hat nachgelassen. Die Gerüchte, daß an der Grenze Indochinas Truppen zusammengezogen werden, halten sich jedoch hartnäckig.

Charles Spofford, der amerikanische Vertreter im Stellvertreterrat der atlantischen Verteidigungsorganisation, hat sich zu Besprechungen nach London begeben.



Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer gab vor dem Parlament eine Regierungserklärung zum Schumanplan ab. Im Hintergrund Bundestagspräsident Dr. Ehlers

Kamieth wurde doch totgeschlagen

Berlin (UP). Der Westberliner Polizeiinspektor Hermann Zunker ist unter der Anschuldigung der Körperverletzung mit Todesfolge wegen Verdunkelungsgefahr verhaftet worden. Zunker wird vorgeworfen, am 7. Oktober den Eisenbahner Ernst Kamieth kurz vor einer Feier zur sowjetischen Oktoberrevolution auf dem Potsdamer Güterbahnhof derart geohrfeigt zu haben, daß der Geschlagene wenige Stunden später infolge Gehirnblutung gestorben ist. Das Westberliner Polizeipräsidium hatte auf die ersten Anschuldigungen der kommunistischen Presse die Täterschaft Zunkers bestritten. Auf Anweisung des amerikanischen Stadtkommandanten mußte jedoch eine genaue Untersuchung eingeleitet werden, die jetzt zur Verhaftung des seit einiger Zeit suspendierten Polizei-Inspektors führte. Der „Fall Zunker“ hatte auch die sowjetischen Behörden in Berlin zu Protestschreiben an den amerikanischen Stadtkommandanten veranlaßt.

Schweden will Dienstpflicht verlängern

Stockholm (UP). In der Staatshalle des Stockholmer Schlosses eröffnete König Gustaf Adolf von Schweden die diesjährige Sitzungsperiode des schwedischen Parlaments. An der Eröffnungssitzung nahmen neben den 380 Abgeordneten die Mitglieder der schwedischen Königsfamilie sowie das Diplomatische Korps teil. In seiner Thronrede erklärte der König, daß die außenpolitischen Beziehungen Schwedens zu allen fremden Mächten unverändert freundlich sei. Die internationale Lage sei jedoch nach wie vor beunruhigend. Deshalb sei eine Stärkung der nationalen Verteidigung notwendig. Der König kündigte eine Verlängerung der Militärdienstpflicht sowie einen Siebenjahresplan zum Ausbau der schwedischen Marinestreitkräfte an.

Grenzaufenthalt soll verkürzt werden

Genf (UP). Delegierte von acht westeuropäischen Staaten paraphierten zwei von dem europäischen Wirtschaftsausschuß der UN (ECE) in Genf ausgearbeitete Konventionen, die eine generelle und wesentliche Verkürzung der sonst im internationalen Eisenbahn-Reise- und Güterverkehr üblichen langen Wartezeiten an den Grenzen zum Ziele haben. Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und die Schweiz haben die Abkommen paraphiert. Um wirksam zu werden, müssen die Konventionen noch von den einzelnen Parlamenten ratifiziert werden. In der einen Konvention verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten die Paß- und Zollformalitäten im Reiseverkehr künftig während der Fahrt des Zuges vorzunehmen. Die Konvention sieht auch die andere Möglichkeit vor, daß die Zollbeamten der Mitgliedsländer an ein und demselben Haltepunkt in den Zug einsteigen und die Überprüfung der Papiere und des Reisegepäckes gemeinsam vornehmen.



Brennende Zigaretten am laufenden Band spendet — wenn man das nötige Kleingeld zur Hand hat — der „Zigaretten-Wolf“, eine Erfindung des Hamburger Konstrukteurs Hermann Wolf. Nach dem Einwurf eines Zehn-Pfennig-Stückes (links) läßt sich ein Hebel herunterdrücken und eine bereits angezündete Zigarette erscheint auf der Auffangschale. Ein Glühkopf und ein kleiner Blasebalg im Innern des elektrisch betriebenen Gerätes sorgen für die automatische Entzündung der Zigarette

Umschau in Karlsruhe

Karlsruhe. Ein 55jähriger Mann stieß mit seinem Fahrrad an einer Straßenkreuzung mit einem US-Lastkraftwagen zusammen. Der Unglückliche wurde auf der Stelle getötet. (ZSH)

Karlsruhe. Kammerängerin Paula Baumann, Mitglied des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, gastiert in der zweiten Jahreshälfte während der Opernfestspiele in Barcelona als Brünnhilde im „Ring der Nibelungen“ von Richard Wagner. (svk)

Grötzingen. Orgelbauer W. Wagner hat eine Miniaturorgel von 70 cm Höhe und 50 cm Länge gebaut, die 35 Pfund wiegt und bequem in einen Koffer verpackt werden kann. Außer den Pfeifen hat er alle Teile selbst angefertigt. (law)

Aus der badischen Heimat

Mannheim. Der Velt-Harlan-Film „Verwehte Spuren“, der 1939 wegen seiner angeblich frankophilen Haltung verboten worden war, ist in Mannheim zum ersten Mal in Westdeutschland wieder aufgeführt worden. (law)

Um die Bahnhöfe Bretten und Bruchsal
Bretten (law). Der Wirtschafts- und Verkehrsausschuß des Landtags erörterte das Problem „Schiene und Straße“ und beschloß, die Bundestagsabgeordneten zu ersuchen, den in Bonn vorliegenden Gesetzentwurf über den Güterkraftverkehr zu verabschieden. Im Ausschuß wurde mitgeteilt, daß die Bundesbahn einen Antrag auf Gewährung von Mitteln aus dem Bundesarbeitsstock für den Ausbau der Bahnhöfe Bretten und Bruchsal gestellt hat. Wie der Ausschußvorsitzende, Abgeordneter Hennings (DG/BHE), nach der Sitzung mitteilte, besteht Aussicht, daß bereits in diesem Jahr Teilbeträge dieser Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Brand im Rücherofen
Wohnhaus und Scheune fielen zum Opfer
Pforzheim (SWK). Vermutlich durch herabtropfendes Fett entstand im Rücherofen auf dem Speicher eines Hauses in einer benachbarten Bauerngemeinde ein Brand, der zunächst unbemerkt blieb und sich daher ruhig ausbreiten konnte. Wohnhaus und Scheune gingen verloren.

Lilly-Wächter-Prozess vertagt
Verteidiger will neues Material beschaffen
Rastatt (UP). Das Oberste US-Berufungsgericht hat in der Revisionsverhandlung gegen die kommunistische Rednerin Lilly Wächter eine Entscheidung vertagt, um dem britischen Anwalt Denis Pritt Gelegenheit zu geben, binnen 14 Tagen Beweise aus der anglo-amerikanischen Rechtsprechung für seine Thesen beim Gericht vorzulegen.

Der Generalstaatsanwalt, der die Darlegungen des britischen Verteidigers und des Oesterliner SED-Anwalts Dr. Kaul entschieden zurückgewiesen hatte, stimmte einer Aufhebung aller Nebenstrafen gegen Frau Wächter zu, die bisher ihren Wohnsitz Rastatt nicht ohne ausdrückliche amerikanische Genehmigung verlassen und auch nicht mit mehr als fünf Personen an einem Ort zusammen sein durfte. Sowohl der britische Verteidiger als auch Dr. Kaul dankten dem Vorsitzenden des Obersten Berufungsgerichtes für die faire Art, in der der Gerichtshof der Verteidigung alle Möglichkeiten zur Unterbreitung ihres Standpunktes gegeben habe.

Generalstaatsanwalt Worth B. McCauley hatte eingeräumt, daß sich das Stuttgarter Gericht bei der Bemessung der Geldstrafe geirrt habe, jedoch die Ansicht vertreten, daß das Urteil der ersten Instanz „angemessen sei“. Die Anklagebehörde halte es für bewiesen, daß Frau Wächter unter dem „Deckmantel des Friedens Greuelmördern“ verbreitet habe, indem sie in Korea kämpfende amerikanische Truppen in 19 Fällen der gemeinsten Kriegsverbrechen an Frauen und Kindern beschuldigte. Die Zeugenaussagen hätten ergeben, daß sich nach der Rede der Angeklagten in Ludwigsburg ein großer Teil der anwesenden Frauen mit Haß und Abscheu gegen die Besatzungsmacht ausgesprochen habe, womit der eigentliche Zweck dieser Veranstaltung auch erreicht worden sei. Das Gesetz Nummer 14 beschränke nicht die Redefreiheit, doch solle es die alliierten Streitkräfte in Deutschland vor dem Mißbrauch der Redefreiheit schützen.

Badenweiler. Das Thermalbad wird seine Saison Mitte Februar beginnen. Das Markgrafenbad wird vom 18. Februar an vorerst jeden zweiten Tag offengehalten. (law)

Offenburg. Ein junger Schauspieler versuchte die Dachrinne des Vincentushauses abzumontieren. Einer Schwester gelang es, den Dieb durch die Polizei festnehmen zu lassen. (law)

Durch Explosion beide Augen verloren
Offenburg (law). Durch eine explodierende Sprengkapsel verlor in Freistadt bei Offenburg ein 18jähriger Schüler beide Augen. Der Sprengkörper explodierte, als der Junge versuchte, ihn mit einem Stein aufzuschlagen. Ein gleichzeitiger Kamerad, der sich an der „Untersuchung“ der Sprengkapseln beteiligt hatte, blieb unverletzt.

Staatsbürgerkunde beim Viertele
Waldkirch-Breisgau (law). Der Bürgermeister der 7000 Einwohner zählenden kleinen Industriestadt Waldkirch lud alle Einundzwanzigjährigen der Stadt, rund 100 an der Zahl, in eine Gaststätte ein. Hier wurden die Volljährigen bewirtet und in diesem zwanglosen Rahmen bei einem Viertele in all die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten eingeführt, über die sie nun als Volljährige Bescheid wissen müssen. Die originelle Initiative des Bürgermeisters ging auf die Überlegung zurück, daß unbedingt etwas getan werden müsse, um die Gleichgültigkeit der jungen Generation gegenüber dem öffentlichen Geschehen zu überwinden.

Kehl braucht Aufbauhilfe

Kehl (law). Die Kehler Wirtschaft hat schwere Wiederaufbauorgane. In einer Versammlung der Interessengemeinschaft der Kehler Unternehmen wurde betont, daß die Stadt Kehl nach Angaben des zuständigen Referenten beim Bundeswirtschaftsministerium aus dem Notopfer Berlin keine Unterstützung mehr erhalten könne. Das würde bedeuten, daß Kehl trotz der großen Aufgaben, die allein der Wiederaufbau der Hafenindustrie mit sich bringen wird, in diesem Jahr nur mit dem bereits zugesagten Gesamtbetrag von zwei Millionen DM rechnen kann. Die Kehler Wirtschaft hat im Krieg und später einen Gesamtschaden von 57 Millionen DM erlitten, der sich noch um eine jährliche Einkommensminderung in Höhe von neun Millionen DM erhöht. Ungeachtet der Absicht der Inter-

essengemeinschaft Kehler Unternehmen, so weit wie möglich aus eigenen Mitteln und eigener Initiative zum Wiederaufbau beizutragen, glaubt sie doch, ihr Ziel ohne Unterstützung aus ERP-Mitteln und eine bevorzugte Behandlung des „Sonderfalles Kehl“ durch die Bundesbehörden nicht erreichen zu können.

Zizenhausen. Wegen Tierquälerei wurde ein Hilfsarbeiter aus Zizenhausen vom Amtsgericht Stockach zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte eine Katze mit einem Stein halb tot geschlagen, die Augen ausgestochen, mehrere Stiche mit einem Messer beigebracht und sie dann liegen lassen. (law)

Überlingen. Die Traktorenfabrik Kraemer in Gutmadingen will im Frühjahr dieses Jahres auf dem Gelände der früheren „Tur-

bo“ in Überlingen ein neues Fabrikgebäude errichten. (law)

Lörrach. Wie von zuständiger Schweizer Seite verlautet, beginnen am 22. Januar in Basel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz Verhandlungen über eine Neufassung der Bestimmungen für den Kleinen Grenzverkehr. (law)

Verwaltungsdirektor I. R. O. Trinks gestorben
Mössingen, Kreis Tübingen (law). Im Alter von 78 Jahren starb in Mössingen bei Tübingen, Verwaltungsdirektor I. R. Trinks. Der Verstorbene war von 1907 bis 1933 Landessekretär der mittelbadischen SPD in Karlsruhe und gehörte Jahrzehnte hindurch dem Stadtrat von Karlsruhe und Durlach an, 1919 bis 1920 war Trinks Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und von 1927 bis 1933 Abgeordneter im badischen Landtag. 1945 war Trinks maßgeblich bei der Gründung der SPD in Württemberg-Hohenzollern beteiligt.

230 000 DM für Kriegsgräber
Soldatenfriedhof Kehl wird ausgebaut

Konstanz (lid). Der Geschäftsführer des Bezirksverbandes im Volksbund für Kriegsgräberfürsorge, W. Thallemer, erklärte auf einer Vorstandssitzung in Konstanz, allein in Südbaden habe sich innerhalb des Jahres 1951 die Zahl der Ortsgruppen des Volksbundes um 127 auf 343 erhöht, dementsprechend sei auch die Zahl der Mitglieder beinahe um das Doppelte auf 18 138 gestiegen. Insgesamt haben in diesem Jahr 104 000 DM für Gräber der Gefallenen des 2. Weltkrieges aufgewendet werden können. Für 1952 sei daran gedacht, den Gefallenfriedhof in Kehl zu einer Gedenkstätte von besonderer Bedeutung auszubauen. Der Gedanke, die Soldatengräber der beiden Weltkriege zu pflegen, neu anzulegen und Gräber unbekannter Soldaten zu identifizieren, finde immer mehr Verständnis und Unterstützung. Lediglich die Soldaten des 2. Weltkrieges seien kaum zu einer Mitarbeit im Volksbund zu bewegen. In ganz Südwestdeutschland sollen 1952 etwa 230 000 DM für neue Grabanlagen aufgewendet werden.

Greta Garbo, die sich einige Wochen in England und Frankreich aufgehalten hat, trat die Rückreise nach den USA an.

Versöhnung in der CDU angestrebt

Die Bemühungen des Südweststaatsflügels

Freiburg (law). Innerhalb der CDU bemüht sich der Südweststaatsflügel lebhaft um eine Aussöhnung zwischen den durch die Länderfrage gespaltenen Teilen der Partei. Er hat für diesen Gedanken eine Reihe von Mitgliedern der altbadischen Richtung, allerdings keine führenden Persönlichkeiten, gewonnen.

In einer jetzt erst veröffentlichten Entscheidung, die dieser „Versöhnungskreis“ auf einer Besprechung in Singen a. H. einstimmig gefaßt hat, wird gefordert, daß die politischen Werte in ihrer richtigen Rangordnung gesehen werden müßten. Wer diese Rangordnung verwirre, trenne sich von der Christlich-Demokratischen Union und verwerfe den Anspruch auf die Mitarbeit der politisch verantwortungsbewußten Christen beider Konfessionen. Die CDU müsse diese Grundsätze beim Aufbau des Südweststaates in die Tat umsetzen. Aussöhnung und Einigung innerhalb der Gesamtpartei in Nord- und Südbaden seien Gewissenspflicht. Aus dieser Verpflichtung heraus „erkennen die bisherigen Verfechter des Südweststaates an, daß der Volkswille, wie er sich in der Abstimmung ausgedrückt hat, berücksichtigt werden muß. Die früheren Verfechter Altbadens erkennen an, daß das neue Bundesland auf dem Boden des Grundgesetzes und eines gültigen Bundesgesetzes steht. Sie billigen ihren bisherigen Gegnern zu, daß auch sie von den Grundsätzen der Christlich-Demokratischen Union und der Liebe zu ihrer Heimat nicht abgewichen sind“. Die Aussöhnung, so heißt es in der Entscheidung weiter, müsse praktisch soweit gehen, daß im kommenden Wahlkampf alle Kandidaten der CDU ohne Rücksicht auf ihre frühere Haltung in der Länderfrage von den beiden Richtungen gegenseitig unterstützt würden. Unter den Kandidaten müßten die früheren Verfechter Altbadens zwar in der Mehrzahl sein, andererseits seien aber auch die früheren Befürworter des Südweststaates in angemessener Zahl zu berücksichtigen. Insbesondere in den Wahlkreisen, die dies notwendig machen.

Im Landessekretariat der südbadischen CDU bemerkte man zu dieser Entscheidung, die Verteidigung der badischen Interessen bedeute in keiner Weise die Hinterrückstellung der christlich-demokratischen Grundsätze. Einer Zusammenarbeit und Versöhnung stehe man durchaus nicht fremd gegenüber. Eine Spaltung könne nur vermieden werden, wenn die Südweststaatanhänger etwas Zurückhaltung üben. Dies sei auch auf der Landesfunktionärskonferenz in Freiburg zum Ausdruck gebracht worden. Es gehe nicht um die Einstellung der Südweststaatanhänger, sondern darum, den Wünschen der überwiegenden Mehrzahl der CDU-Wähler, die nun einmal für Altbaden gestimmt hätten, bei der künftigen parteipolitischen Linie Rechnung zu tragen.

Der Richter wurde versetzt

Verschiebung im Verfahren Klingenschmidt
Freiburg (lid). Wegen der Versetzung eines mit der Prozessmaterie vertrauten Richterstatters kann der Prozeß gegen den ehemaligen Zollamtmann und Leiter der südbadischen Zollfahndung Klingenschmidt nicht wie vorgesehen, in den nächsten Wochen durchgeführt werden. Der neue Richter muß sich zunächst in die umfangreichen Akten einarbeiten. Bekanntlich sind im Zusammenhang mit diesem Fall, der über die Grenzen Südbadens hinaus Aufsehen erregte, schwere Vorwürfe auch gegen den badischen Staat erhoben worden. Der Prozeß befindet sich schon seit über einem Jahr im Stadium der Voruntersuchung.

Karl von Fürstenberg tödlich verunglückt

Durch Autozusammenstoß in Italien
Freiburg (UP). Der 24jährige Prinz Karl von Fürstenberg wurde bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Como so schwer verletzt, daß er wenige Zeit später in einem Krankenhaus Como starb.

Das Unglück ereignete sich auf der Autostraße von Mailand nach Como. Starker Nebel behinderte die Sicht, so daß der Wagen des im Jahre 1928 in Prag geborenen Prinzen mit großer Wucht auf einen Lastzug auffuhr, der plötzlich bremsen mußte, um nicht seinerseits auf zwei Kraftwagen aufzufahren, die im Nebel zusammengestoßen waren. Der Prinz, der von einigen Italienern aus den Trümmern seines Wagens geborgen und nach Como gebracht wurde, hatte einen Schädelbruch erlitten.

Acht Putzfrauen im Zeugenstand

Freiburg (law). Acht Putzfrauen marschierten im Prozeß gegen den 37jährigen Hausmeister des Freiburger Humanitären Gymnasiums als Zeuginnen auf. Aus ihrer Aussagen ergab sich, daß der Angeklagte zwei Jahre lang die unter seiner Aufsicht beschäftigten Frauen um ihren sauer verdienten Lohn geprellt hat. Außer den 2500 DM, die er auf diese Weise veruntreute, schob er noch 349 DM in die eigene Tasche. Das Gericht ver-

urteilte den Mann zu neun Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 150 DM.

Weinkönigin wird in Freiburg gewählt

Freiburg/Breisgau (law). Bei der Wahl der Deutschen Weinkönigin können in Zukunft nur noch Bewerberinnen kandidieren, die mindestens 21 Jahre alt sind. Wie auf einer Sitzung der Deutschen Weinwerbung erklärt wurde, hat man sich für dieses Mindestalter entschieden, weil das wichtige Amt eine „gewisse sittliche und charakterliche Reife“ voraussetze. Die Deutsche Weinkönigin 1952 wird auf dem Deutschen Weinbaukongreß Ende August in Freiburg im Breisgau gewählt werden. Die deutschen Weinbaugeliebten, die fast vollständig bei der Sitzung vertreten waren, wurden aufgefordert, rechtzeitig Kandidatinnen zu nominieren.

Zwei Säurebehälter geplänzt

Freiburg (SWK). In einer Freiburger Möbelfabrik plänzt ein Säurebehälter. Die ausströmenden Gase drangen in die Arbeitsräume und machten ein Weiterarbeiten unmöglich. In den Lagern und Schuppen entstand unter den Produktionsbeständen großer Sachschaden.

Stürmischer Empfang für Kapitän Carlsen

Unternehmen „Enterprise“ kostete eine Million Dollar

Falmouth (UP). Unter dem Jubel von etwa 3 000 Menschen, die sich am Hafen eingefunden hatten, stieg Kapitän Kurt Carlsen, der 13 Tage lang verzweifelt um die Rettung seines Schiffes „Flying Enterprise“ vergeblich gekämpft hatte, am Freitag morgen in den englischen Hafen Falmouth an Land. An der Seite des Kapitäns betrat der Steuermann des britischen Bergungsschleppers „Turmoil“, Kenneth Dancy, den Quai. Dancy hatte es in einem tollkühnen Sprung gewagt, auf das Wrack der „Flying Enterprise“ überzusetzen, um Carlsen bei dem Versuch zu unterstützen, eine Schlepptrosse an dem mit schwerer Schlagseite dahintreibenden Schiff zu befestigen.

Wochenschau-Reporter kurbelten, Pressephotographen blitzten, und die Menge machte einen so unbeschreiblichen Lärm, daß sich der Kapitän nur schwer verständlich machen konnte, als er auf die ersten ihm überbrachten Glückwünsche an Land dankte. Der Bürgermeister von Falmouth übergab ihm einen großen Strauß weißer und roter Rosen. Danach begrüßte Carlsen seine Eltern, die aus seiner dänischen Heimatstadt zu seinem Empfang herbeigeleitet waren. „Ich bedauere tief, daß es nicht möglich war, die „Flying Enterprise“ sicher in den Hafen zu bringen“, sagte der bewunderte Sohn zu seinem Vater.

Die Empfangszeremonie fand nach der Ankunft des Kapitäns auf dem windgepeitschten Pier vor der Stadtbibliothek von Falmouth statt. Die Menschenmenge, die sich dort angemahelt hatte, wird auf 7 000 geschätzt. Vor der Presse sagte Kapitän Carlsen re-

signiert: „Sie war ein bemerkenswertes Schiff; ich habe sie drei Jahre lang unter den Füßen gehabt und 44 Reisen mit ihr unternommen. Sie war außerordentlich seetüchtig“. Den Entschluß, das Wrack zu verlassen, habe er erst gefaßt, als die Schlagseite immer stärker wurde und das Ruderhaus unter dem Druck der durch das einströmende Wasser aus dem Rumpf entweichenden Luft auseinanderbrach. Als schließlich auch durch den Schornstein Wasser eindrang, habe kein Zweifel mehr bestanden, daß die letzte Stunde gekommen war.

Es habe auch einige heitere Momente gegeben, berichtete der Kapitän. Einmal schickte ihm der Zerstörer eine Thermosflasche. Wir tranken, es wäre Kaffee und gossene Schokolade und Zucker hinein. Unsere dummen Gesichter hätten Sie sehen sollen, als wir den ersten Schluck taten — es war nämlich Suppe“. Die Rettung Kapitän Carlens und der Versuch, die „Flying Enterprise“ zu bergen, haben nach Mitteilung der Reederei Isbandens etwa eine Million Dollar gekostet. Allein der „Wachdienst“ der amerikanischen Zerstörer komme auf etwa 60 000 Dollar zu stehen.

Neuer Fall „Enterprise“?

Seattle (UP). Zahlreiche Flugzeuge und S-iffe haben die Suche nach dem amerikanischen Frachter „Pennsylvania“ aufgenommen, der im stürmischen Nordpazifik in Seenot geriet und dessen Besatzung in die Rettungsboote gegangen sein soll. Ein Mann der Besatzung, wahrscheinlich der Kapitän, soll auf dem manövrierunfähigen Schiff zurückgeblieben sein.

„Flying Enterprise“ als Seerechtsfall

Auch die „Württembergische und Badische“ beteiligt - Wer trägt den Verlust?

Die Havarie der „Flying Enterprise“ durch Sturm hat eine Menge schwieriger seerechtlicher Fragen aufgeworfen. So wurde z. B. die Auffassung vertreten, der Verbleib des tapferen Kapitäns an Bord sei von entscheidender eigentumsrechtlicher Bedeutung insofern, als er dadurch für seine Reederei das volle Eigentumsrecht gesichert habe, welches strittig geworden wäre, falls das Schiff nach Abgang des Kapitäns durch Dritte hätte geborgen werden können. Diese Auffassung ist jedoch bestritten worden.

Durch den Untergang des Schiffes ist nunmehr jedoch ein klarer Versicherungsfall entstanden. Das Schiff selbst war bei einer Gruppe amerikanischer Versicherungsgesellschaften versichert, welche der Reederei nunmehr die Versicherungssumme von 1 250 000 Dollar auszubezahlen haben. Die Ladung des Schiffes hat jedoch mit dieser Versicherung nichts zu tun. Für sie haben die Transportversicherungsgesellschaften einzustehen, die den einzelnen Verladern ihre Ware versichert haben. Um einen Parallelfall aus dem Landtransport aufzuzeigen: Die Kasko-Versicherung eines LKW erstreckt sich bei einem Unfall auch nur auf das Fahrzeug selbst. Seine Ladung kann gesondert durch Transportversicherung gedeckt werden.

Wie uns die „Württembergische und Badische“, Heilbronn, die älteste deutsche Transportversicherungsgesellschaft, auf Befragen mitteilt, haben deutsche Transportversicherungsgesellschaften — so auch sie selbst — deutsche Exporteure an Bord der „Flying Enterprise“ transportversichert, doch handelt es sich um kleinere Posten, die in der Regel

von einer Vielzahl von Gesellschaften einzeln oder gemeinsam gedeckt werden. Die deutschen Transportversicherer sind erst seit kurzer Zeit wieder in das Seeverversicherungsgeschäft hineingekommen, da bis dahin Devisenschwierigkeiten dem entgegenstanden. Das deutsche Geschäft wird jedoch in dem Maße wieder bedeutender werden, als der deutsche Export auf eigenen Schiffen und unter deutscher Flagge im Zuge des Wiederaufbaues einer deutschen Handelsflotte zunimmt. Da die Seetransportversicherung dann in deutscher Währung abgeschlossen wird, ersparen die deutschen Versicherungsgesellschaften der deutschen Zahlungsbilanz in steigendem Maße Devisen.

Beim Export deutscher Güter nach Übersee muß versicherungswirtschaftlich unterschieden werden, ob die Ware unter der „Fob“- oder der „Cif“-Klausel versandt wird. „Fob“ bedeutet: „Free on board“, d. h. die Ware wird vom deutschen Transportversicherer nur bis zum Seehafen (also B. Hamburg oder Rotterdam) versichert. Vom Zeitpunkt der Verladung auf das Seeschiff an geht das Transportrisiko auf den ausländischen Käufer der Ware über, der nun eine Transportversicherung abschließen kann oder auch nicht. „Cif“ bedeutet: „Cost, insurance, freight“, d. h. Kosten, Versicherung und Fracht sind vom deutschen Verladern bis zum Empfangshafen (also z. B. New York oder Buenos Aires) zu tragen. Der deutsche Exporteur wird also seinerseits, zu seinem eigenen Schutz, die Transportversicherung bis zum Empfangshafen abschließen und dem Käufer neben Fracht und sonstigen Versandkosten in Rechnung stellen. Dr. R

